

## Niederschrift

### über die Sitzung am Donnerstag, 09.12.2010 im Kreishaus Borken

**Anwesend:**

**Vorsitz:**

Landrat Dr. Kai Zwicker

**Mitglieder:**

Bernadette Aehling	Borken	
Ludwig Artmeyer	Bocholt	ab 17:45 Uhr, TOP 2
Eckart Ballenthin	Stadtlohn	
Arno Berning	Raesfeld	
Ralf Bertram	Bocholt	
Werner Bleker	Borken	
Reinhard Böcker	Ahaus	
Barbara Büscher	Stadtlohn	
Karlheinz Busen	Gronau	bis 19:35 Uhr, TOP 17
Heidi Buskase	Gronau	bis 19:05 Uhr, TOP 13
Angelika Dannenbaum	Ahaus	ab 17:20 Uhr, TOP 2
Heinz-Josef Elpers	Ahaus	
Frank Engbers	Südlohn	
Hans-Georg Fischer	Ahaus	
Sven Gabbe	Gronau	
Magdalene Garvert	Rhede	
Heinz Gausling	Legden	
Rudolf Geukes	Isselburg	
Ulrich Gühnen	Isselburg	
Ulrich Holzer	Bocholt	
Markus Jasper	Heek	ab 17:25 Uhr, TOP 2; bis 19:00 Uhr, TOP 11
Dirk Kappenhagen	Borken	
Günter Kendzierski	Gronau	
Johannes Kisfeld	Stadtlohn	
Wolfgang Klein	Ahaus	
Anne König	Borken	ab 17:35 Uhr, TOP 2
Markus Krafczyk	Bocholt	
Bernhard Krasenbrink	Bocholt	
Berthold Langehaneberg	Legden	
Paul Lensing	Borken	
Elisabeth Lindenhahn	Raesfeld	bis 19:05 Uhr, TOP 13
Heinrich Lübbering	Vreden	
Gerhard Ludwig	Borken	
Johannes Maus	Velen	
Klaus Meyermann	Bocholt	

Heiko Nordholt	Gronau	
Josef Osterhues	Ahaus	
Hans Theo Peschkes	Bocholt	ab 17:10 Uhr (Erledigung der Tagesordnung)
Stephanie Pohl	Gescher	
Uta Röhrmann	Bocholt	
Maja Saatkamp	Borken	
Theo Sanders	Bocholt	
Bernd Schlipfing	Vreden	
Bernd Schöning	Stadtlohn	
Markus Schulte	Gronau	
Ursula Schulte	Vreden	
Barbara Seidensticker-Beining	Südlohn	
Silke Sommers	Bocholt	
Jens Spahn	Ahaus	
Jens Steiner	Heek	ab 18:25 Uhr, TOP 11
Wilhelm Stilkenbäumer	Reken	
Gerti Tanjsek	Bocholt	
Jörg von Borczyskowski	Gronau	
Christel Wegmann	Rhede	
Friedhelm Weikamp	Rhede	
Gertrud Welper	Vreden	

**Es fehlen entschuldigt:**

Günther Dirks	Borken
Dietmar Eisele	Ahaus
Volker Jürgen Himmel	Gronau
Wolfgang Kurt Mazur	Gronau

**Vertreter/innen der Verwaltung:**

Kreisdirektor Dr. Ansgar Hörster  
Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Hermann Paßlick  
Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues  
Kreiskämmerer Wilfried Kersting  
Walter Alfert  
Dr. Gerhard Ettliger  
Mechtild Schulze Hessing  
Karlheinz Gördes  
Sofia Arnold  
Ramona Wameling

### **Erledigung der Tagesordnung:**

Landrat Dr. Kai Zwicker eröffnet um 17:08 Uhr die Sitzung und begrüßt die Erschienenen.

Er stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Kreistag beschlussfähig ist.

Es besteht Einvernehmen, die Tagesordnung wegen der Unaufschiebbarkeit der Entscheidungen nach § 11 Abs. 1 der Geschäftsordnung für den Kreistag im öffentlichen Teil um die Punkte 9 „Überarbeitung der Gesellschaftsverträge der RVM und WVG“ und 14 „Zahngesundheit der Kinder in Kindertagesstätten“ (Antrag der Fraktion B90/ Die Grünen) sowie im nichtöffentlichen Teil um den Punkt 17 „Vergabe von SGB II-Eingliederungsmaßnahmen nach VOL/A“ zu erweitern. Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend.

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

Zur Niederschrift über die letzte Sitzung am 07.10.2010 merkt Kreistagsabgeordnete Schulte, U., an, sie vermisse die Aussagen des Kreistagsabgeordneten Busen zum TOP 8: „Vorstellung des ingenieurtechnischen Gutachtens zur Kostenabschätzung für den Betriebsabschluss und die Nachsorgephase der Deponien Borken-Hoxfeld, Ahaus-Alstätte I bis III und Ahaus-Wüllen“. Herr Busen hätte Zweifel an den Aussagen des Gutachtens geäußert und angekündigt, es überprüfen zu lassen, da es lediglich auf Prognosen und Annahmen beruhe.

Neben diesen Anmerkungen werden gegen die Niederschrift der letzten Sitzung keine Einwände erhoben.

### **A. Öffentlicher Teil**

#### **Punkt 1: Einwohnerfragestunde**

---

Es liegen Einwohnerfragen von den Borkenern Jürgen Kruse, Markus Steverding und Christoph Rottstegge, die anwesend sind, sowie von Herrn Reinhold Brune und Herrn Wolfgang Krull (beide aus Südlohn) vor.

Landrat Dr. Kai Zwicker weist darauf hin, dass die Fragen und Antworten heute schriftlich ausliegen würden, siehe **Anlage 1**. Die Antwort auf die zweite Frage von Herrn Krull liege noch nicht vor und werde nachgereicht.

#### **Einwohnerfrage 5: Wolfgang Krull, Südlohn**

**Gemäß Epidemiologischen Krebsregister von NRW ist die Krebsrate im Kreis Borken nach Bottrop und Gelsenkirchen die höchste in NRW (Stand 2007). Gibt es aufgrund von Untersuchungen entsprechende Ergebnisse, die die Ursache dieser hohen Krebsrate benennen?**

Antwort:

*Die Anfrage zur Krebsrate im Kreis Borken wurde an das Epidemiologische Krebsregister in Münster weitergeleitet. Dort kann die Feststellung, der Kreis Borken weise „nach Bottrop und Gelsenkirchen die höchste (Krebsrate) in NRW“ auf, nicht nachvollzogen werden. Vermutlich sei bei der Online-Datenabfrage etwas schiefgelaufen.*

*Der Vergleich mit den 54 Kreisen und kreisfreien Städten in NRW ist wegen der Untererfassung im Landesteil Nordrhein nicht zuverlässig und deshalb selbst von Fach-*

leuten nur schwer zu beurteilen. Hier liegt der Kreis Borken mit der Krebsrate der Männer auf Platz 15 und mit der der Frauen auf Platz 36. Grundlage der Berechnung sind die Daten aus dem Jahr 2008, die einerseits am aktuellsten sind und andererseits im Landesteil Nordrhein einen immer noch schlechten, aber im Vergleich der zurückliegenden Jahre den besten Erfassungsgrad aufweisen.

Im Vergleich mit den 8 Kreisen und Städten des Regierungsbezirks Münster liegt der Kreis Borken mit seiner Krebsrate für Männer an 6. und für Frauen an 7. Stelle. Um eine breite und damit zuverlässige Datenbasis zu erzielen, wurden die Krebsneuerkrankungen der Jahre 2005 bis 2008 zugrunde gelegt. Der Kreis hat somit eine deutlich niedrigere Krebsrate als der Durchschnitt des Regierungsbezirks Münster.

Da die Frage nach der Krebsrate sich an eine Frage nach Ammoniak-Emissionen angeschlossen, weise ich vorsorglich darauf hin, dass Ammoniak nicht zu den Krebs erregenden Substanzen gehört.

*Anmerkung:*

Den nicht anwesenden Fragestellern Herrn Brune und Herrn Krull sind die im Kreistag ausgelegten Antworten am 10.12.2010 auf ihren Wunsch per E-Mail zugeschickt worden. Die Antwort auf seine zweite Frage hat Herr Krull am 20.12.2010 erhalten.

---

**Punkt 2: Einbringung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2011**  
**Vorlage: 0275/2010**

---

Berichterstatter/in: Kreiskämmerer Wilfried Kersting

Zu den Haushaltsreden von Landrat Dr. Kai Zwicker und Kreiskämmerer Wilfried Kersting wird auf die **Anlagen 2 und 3** verwiesen.

**Beschluss:** einstimmig

Der Entwurf der Haushaltssatzung 2011 mit seinen Anlagen wird an die Fachausschüsse und zur abschließenden Vorberatung an den Kreisausschuss überwiesen.

---

**Punkt 3: Sachstand REGIONALE 2016**  
**Vorlage: 0279/2010**

---

Berichterstatter/in: Landrat Dr. Kai Zwicker

Der Sachstand zur REGIONALE 2016 wird zur Kenntnis genommen.

---

**Punkt 4: Überprüfung der kommunalen Förderstrukturen im freiwilligen sozialen Bereich**  
**Vorlage: 0262/2010**

---

Berichterstatter/in: Landrat Dr. Kai Zwicker

Der Sachstand und das weitere Vorgehen im Projekt „Überprüfung der kommunalen Förderstrukturen im freiwilligen sozialen Bereich“ werden zur Kenntnis genommen.

---

**Punkt 5: Bereitstellung der finanziellen Mittel für den 2. Kommunalen Kinder- und Jugendförderplan**  
**Vorlage: 0284/2010**

---

Berichtersteller/in: Kreisdirektor Dr. Ansgar Hörster

**Beschluss:** einstimmig

Der Kreistag beschließt, die im 2. Kommunalen Kinder- und Jugendförderplan genannten Finanzen für die Infrastrukturförderung (972.575 € jährlich) und für die Angebotsförderung (245.000 € jährlich) für die Dauer der Wahlperiode zur Verfügung zu stellen.

---

**Punkt 6: Auflösung des Abfallwirtschaftsverbandes Borken-Wesel**  
**Vorlage: 0261/2010**

---

Berichtersteller/in: Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues

**Beschluss:** einstimmig

1. Der Kreistag stimmt der Auflösung des Abfallwirtschaftsverbandes Borken-Wesel zu.
2. Die vom Kreis Borken bestellten Mitglieder in der Verbandsversammlung des Abfallwirtschaftsverbandes Borken-Wesel werden beauftragt, einer Auflösung des Abfallwirtschaftsverbandes zuzustimmen.

---

**Punkt 7: Änderung der Allgemeinen Gebührensatzung des Kreises Borken**  
**Vorlage: 0283/2010**

---

Berichtersteller/in: Kreiskämmerer Wilfried Kersting

Landrat Dr. Kai Zwicker berichtet, in der Sitzung des Kreisausschusses am 02.12.2010 habe der Kreistagsabgeordnete von Borczyskowski beantragt, die Gebühr für Amtshandlungen im Rahmen der Wohnraumförderung über drei Jahre stufenweise bis zu einem Kostendeckungsgrad von 100 % zu erhöhen (2011: 60 %, 2012: 80 % und 2013: 100 %). Daraufhin sei die heute ausliegende Ergänzungsvorlage erstellt worden, der die dementsprechenden Gebührenhöhen entnommen werden könnten.

Kreistagsabgeordneter von Borczyskowski erläutert, er halte diesen Antrag aufrecht. Die Gebühr ad hoc zu verdoppeln, sei bürgerunfreundlich. Besser sei ein moderates Vorgehen, mit dem dann schließlich auch ein 100 %-iger Kostendeckungsgrad erreicht werden sollte.

Kreistagsabgeordneter Schulte, M., beantragt, den Gebührensatz in diesem Bereich mit der jetzigen Änderung direkt auf einen Kostendeckungsgrad von 100 % zu erhöhen. Denn letztendlich handele es sich hier um eine Subvention durch die Solidargemeinschaft, von der die Betroffenen stark profitierten.

Kreistagsabgeordnete Schulte, U., teilt mit, ihre Fraktion unterstütze die stufenweise Erhöhung, wie sie die UWG-Fraktion vorgeschlagen habe.

Auf ihre Frage nach der Höhe des Kostendeckungsgrades für die anderen vom Kreis Borken erhobenen Gebühren erklärt Kreiskämmerer Wilfried Kersting zunächst, dass grundsätzlich zu differenzieren sei: zwischen solchen Gebühren, die der Kreis Borken selbst festlegen könne und solchen, auf die der Kreis Borken keinen Einfluss habe, weil sich die Höhe aus der Gebührenordnung NRW ergebe. Der Kostendeckungsgrad ermittle sich jeweils – wie in

der Ergänzungsvorlage für die Gebühr für Amtshandlungen im Rahmen der Wohnraumförderung dargelegt – unter Bezugnahme auf die Personalkosten laut KGSt-Gutachten.

Kreistagsabgeordneter Schöning sagt, eine stufenweise Erhöhung sei im Hinblick auf die angespannte finanzielle Situation nicht ehrlich. Deshalb befürworte seine Fraktion den mündlichen Antrag der CDU-Fraktion.

Auch die Kreistagsabgeordnete Welper spricht sich für diesen Antrag aus. In der Regel handele es sich um einmalige Gebühren, die regelmäßig Zahlungsfähige treffen würden.

Kreistagsabgeordneter von Borczyskowski erklärt, seine Fraktion werde sich dann bei Abstimmung über den Entwurf der Änderungssatzung insgesamt enthalten.

Landrat Dr. Kai Zwicker lässt zunächst über den weitergehenden Antrag der CDU-Fraktion abstimmen.

**Beschluss:** 37 Ja-Stimmen  
19 Nein-Stimmen

Der Kreistag beschließt in der Änderungssatzung zur Allgemeinen Gebührensatzung des Kreises Borken für die Gebührentarife 11.2.6 und 11.2.7 folgende Fassung:

11.2.6	Bewilligung von Fördermitteln zur Neuschaffung von Mietwohnraum in den Formen des § 8 Absatz 3 Nr. 2 bis 6 des Gesetzes zur Förderung und Nutzung von Wohnraum für das Land Nordrhein-Westfalen und Heimplätzen sowie Nachrüstung bestehender Wohnheime einschließlich Baukontrolle und Kostennachweisen	1,0 % der bewilligten Darlehenssumme
11.2.7	Bewilligung von Fördermitteln zur Neuschaffung und zum Ersterwerb selbst genutzten Wohneigentums sowie zum Erwerb bestehenden Wohneigentums zur Selbstnutzung	875,00

Der Antrag der UWG-Fraktion ist damit erledigt.

Anschließend stellt Landrat Dr. Kai Zwicker den Entwurf der Änderungssatzung zur allgemeinen Gebührensatzung des Kreises Borken mit den Änderungen zu den Gebührentarifen 11.2.6 und 11.2.7 zur Abstimmung.

**Beschluss:** 37 Ja-Stimmen  
13 Nein-Stimmen  
6 Enthaltungen

Der Kreistag beschließt den als Anlage beigefügten Entwurf der Änderungssatzung zur allgemeinen Gebührensatzung des Kreises Borken mit den Änderungen zu den Gebührentarifen 11.2.6 und 11.2.7.

**Punkt 8: Gesellschaftsvertrag der Westfälischen Verkehrsgesellschaft (WVG)  
Vorlage: 0286/2010**

Berichtersteller/in: Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Hermann Paßlick

**Beschluss:** einstimmig

Dem Entwurf des Gesellschaftsvertrages der Westfälischen Verkehrsgesellschaft mbH (WVG) und der Beteiligungsstruktur wird auf der Grundlage des beiliegenden Vertragsentwurfs zugestimmt.

**Punkt 9: Überarbeitung der Gesellschaftsverträge der Regionalverkehr Münsterland GmbH (RVM) und Westfälischen Verkehrsgesellschaft mbH (WVG) gemäß Erlass des Ministeriums für Inneres und Kommunales des Landes NRW (MIK) vom 26.11.2010  
Vorlage: 0306/2010**

---

Berichtersteller/in: Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Hermann Paßlick

**Beschluss:** einstimmig

Der Kreistag beauftragt die Verwaltung, die auf der Grundlage des Kreistagbeschlusses vom 07.10.2010 (Sitzungsvorlage 0210/2010) und 09.12.2010 (Sitzungsvorlage 0286/2010) in den Gremien der Regionalverkehr Münsterland GmbH (RVM) und der Westfälischen Verkehrsgesellschaft mbH (WVG) zu beschließenden Neufassungen der Gesellschaftsverträge innerhalb eines Zeitraumes von 6 Monaten nach dem 01.01.2011 dahingehend zu ändern, dass sie der dann geltenden gesetzlichen Regelung der GO NRW zur Berücksichtigung von Arbeitnehmern in den Aufsichtsräten der Unternehmen entsprechen.

Ferner werden die Verwaltung und die in den Gremien der RVM und der WVG entsandten Vertreter des Kreises Borken beauftragt, bei den Geschäftsführungen der Unternehmen und in den Gremiensitzungen darauf hinzuwirken, dass in den Aufsichtsräten keine Beschlüsse gegen die Mehrheit der von den Kommunen in die Aufsichtsräte entsandten Aufsichtsratsmitglieder gefasst werden.

**Punkt 10: Nahverkehrsplanung; hier: Linienbündelung  
Vorlage: 0270/2010**

---

Berichtersteller/in: Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Hermann Paßlick

**Beschluss:** einstimmig

Die angepasste Linienbündelung mit der entsprechenden „Wettbewerbstreppe“ wird als Teil des Zweiten Nahverkehrsplanes Kreis Borken beschlossen.

**Punkt 11: Übertragung der Kreistagssitzung durch „Livestream“ im Internet**

- **Antrag der FDP-Fraktion vom 15.11.2010  
Vorlage: 0289/2010**
- **Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU und FDP vom 09.12.2010  
Vorlage: 0289/2010/1**

---

Berichtersteller/in: Fraktionsvorsitzender Bernd Schöning  
Fraktionsvorsitzender Markus Schulte

Landrat Dr. Kai Zwicker weist auf den neuen, gemeinsamen Antrag der Fraktionen von CDU und FDP vom 09.12.2010 (**Sitzungsvorlage Nr. 0289/2010/1**) hin, der ausgelegt sei. Der ursprüngliche Antrag der FDP-Fraktion (**Sitzungsvorlage Nr. 0289/2010**) habe sich damit erledigt.

Kreistagsabgeordnete von Borczyskowski, Welper und Ludwig kritisieren, dass im Antrag bzw. Beschlussvorschlag keine Äußerungen zu den Kosten eines „Livestreams“ gemacht worden seien.

Landrat Dr. Kai Zwicker erläutert, der Prüfauftrag an die Verwaltung umfasse natürlich auch eine Kostenermittlung. Er stellt daraufhin Einvernehmen fest, den letzten Satz beim Punkt 1 des Beschlussvorschlags zu streichen und durch folgenden zu ersetzen: „Die Ergebnisse hierzu werden dem Kreisausschuss am 10.02.2011 zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt.“

Sodann lässt er auf Antrag getrennt, und zwar zunächst über den *geänderten Punkt 1 des Beschlussvorschlags der Sitzungsvorlage Nr. 0289/2010/1* abstimmen:

**Beschluss:** 56 Ja-Stimmen  
1 Nein-Stimme

1. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, unter welchen rechtlichen und technischen Voraussetzungen es möglich ist, die Haushaltsreden in der Sitzung des Kreistages vom 17.02.2011 als Livestream übertragen zu können. Die Ergebnisse hierzu werden dem Kreisausschuss am 10.02.2011 zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt.

Anschließend stellt er den **Punkt 2 des Beschlussvorschlags der Sitzungsvorlage Nr. 0289/2010/1** zur Abstimmung:

**Beschluss:** 52 Ja-Stimmen  
1 Nein-Stimme  
4 Enthaltungen

2. Nach einer möglicherweise erfolgreichen Übertragung der Kreistagsitzung vom 17.02.2011 wird der Kreistag über gewonnene Erfahrungen und Erkenntnisse zeitnah beraten.

**Punkt 12: Sparkasse Westmünsterland  
Antrag der SPD-Fraktion vom 23.11.2010  
Vorlage: 0295/2010**

---

Kreistagsabgeordnete Schulte, U., erklärt, die SPD-Fraktion habe mit der Antragstellung trotz fehlender Beschlussfassung im Kreisausschuss mehr erreicht als gedacht. Das Gespräch mit dem Vorstand der Sparkasse Westmünsterland werde gesucht. Der Verwaltungsrat habe das Anliegen ebenfalls zur Kenntnis genommen. Bürgerinnen und Bürger hätten bereits bei den Banken und Sparkassen die Kreditkonditionen nachgefragt. Sie bittet um genaue Auskunft zur Unzulässigkeit des Antrages: Betreffe diese schon die Antragstellung selbst oder erst einen möglichen Beschluss?

Antwort:

*Der Landrat hat gem. § 33 KrO bei der Festsetzung der Tagesordnung alle Vorschläge aufzunehmen, die ihm innerhalb einer in der Geschäftsordnung zu bestimmenden Frist von einem Fünftel der Kreistagsmitglieder oder einer Fraktion vorgelegt werden. Er hat selbst Angelegenheiten in die Tagesordnung aufzunehmen, für die dem Kreis die Verbandszuständigkeit fehlt. Die Antragstellung und die Aufnahme auf die Tagesordnung sind somit zulässig. Eine Beschlussfassung würde allerdings gegen das geltende Recht verstoßen und müsste vom Landrat gem. § 39 KrO beanstandet werden.*

Der Kreistag nimmt das Anliegen der SPD-Fraktion zur Kenntnis.

Es besteht Einvernehmen, keinen Beschluss zu dem Antrag zu fassen.



**Punkt 13: Frühchenstation am St. - Vincenz-Hospital in Coesfeld**  
**Antrag der SPD-Fraktion vom 23.11.2010**  
**Vorlage: 0296/2010**

---

Berichtersteller/in: Fraktionsvorsitzende Ursula Schulte

Kreisdirektor Dr. Ansgar Hörster informiert über das gestrige Gespräch mit Vertretern des Coesfelder Krankenhauses und den Bürgermeistern der umliegenden Städte und Gemeinden. Er hebt hervor, dass der Bestand der Frühchenstation für 2011 nicht gefährdet sei. Für ein nachdrückliches Signal sollten die betroffenen Regionen jeweils eigenständige Resolutionen verabschieden und zusammen mit den zu erwartenden Positionierungen aus den Städten und Gemeinden der jeweiligen Region weiterleiten. Für den Kreistag Borken schlage er folgenden Resolutionstext vor:

**Resolution**  
**zum Erhalt der Behandlungseinheit für Frühgeborene**  
**mit einem Geburtsgewicht von weniger als 1.250 Gramm (Level 1)**  
**am Perinatalzentrum des St.Vincenz-Hospitals Coesfeld**

*Der Kreistag fordert den gemeinsamen Bundesausschuss auf, in Bezug auf das Coesfelder St. - Vincenz - Hospital nicht nur die jetzt beschlossene Mindestanzahl von 30 extremen Frühgeburten zu sehen, sondern vorrangig das beispielhafte Klinikkonzept und die Versorgung im ländlichen Raum. Wir bitten den gemeinsamen Bundesausschuss um eine Ausnahmeregelung für Kliniken mit erhaltungswürdigen Konzepten und einem hohen qualitativen Standard.*

*Den Bundesminister für Gesundheit, Herrn Philipp Rösler fordern wir auf, sich gegen die Mindestanzahlregelung auszusprechen.*

*Die Damen und Herren Bundestagsabgeordneten im westlichen Münsterland fordern wir auf, sich für den Erhalt des Perinatalzentrums Level 1 am St. -Vincenz- Hospital in Coesfeld einzusetzen.*

*Neben einem beispielhaften Konzept nimmt das Perinatalzentrum Level 1 am St. - Vincenz- Hospital in Coesfeld gerade im ländlichen Raum des Westmünsterlandes einen enorm hohen Stellenwert in der wohnortnahen Frühchenversorgung ein. Die oben genannte Klinik erfüllt alle Forderungen, die der Bundesverband "Das früh geborene Kind e.V." an die ganzheitliche Versorgung/Betreuung in Perinatalzentren Level 1, stellt.*

*Sollte das Coesfelder Krankenhaus die aller kleinsten Frühgeborenen bis 1250 g nicht mehr betreuen dürfen, bedeutet dies zudem weite Wege für die werdenden Eltern (Datteln, Münster). Es besteht die große Gefahr, die Klinik nicht mehr rechtzeitig zu erreichen. Ein Transport außerhalb des Mutterleibes ist für Frühchen mit erheblichen Risiken (Hirnblutung etc.) verbunden. Auch für die lange Zeit des folgenden Klinikaufenthaltes muss die Familie lange Wege und Fahrzeiten auf sich nehmen. Zeit, die die Eltern besser bei ihrem Kind verbringen sollten. Gerade wenn es Geschwisterkinder gibt, ist dies für die Eltern in einer ohnehin belastenden, anstrengenden Zeit ein zusätzlicher Kraftakt/Spagat. Nicht Mindestanzahlen dürfen darüber entscheiden, ob eine Klinik in der Lage ist, extreme Frühchen gut zu betreuen, sondern objektive Qualitätskriterien (z.B. Überlebensrate, Komplikationsrate) und die Funktionsfähigkeit im Behandlungs- und Betreuungsnetzwerk.*

Es besteht Einvernehmen, diesen Resolutionstext zur Abstimmung zu stellen. Der Antrag der SPD-Fraktion, **Sitzungsvorlage Nr. 0296/2010**, hat sich damit erledigt.

*Anmerkung:*

*Nachrichtlich ist die Resolution des Kreistages des Kreises Coesfeld beigefügt, siehe **Anlage 4**.*

**Beschluss:** einstimmig

Der Kreistag beschließt die Resolution in der oben dargelegten Fassung.

**Punkt 14: Zahngesundheit der Kinder in Kindertagesstätten**  
**Vorlage: 0292/2010**

---

Berichtersteller/in: Fraktionsvorsitzende Gertrud Welper

Kreistagsabgeordnete Saatkamp führt aus, dass die Zahlen zur Zahngesundheit der Kinder sehr unbefriedigend seien. Daher sollten die Reihenuntersuchungen für alle Kindertagesstätten im Kreis Borken wieder eingeführt werden.

Kreisdirektor Dr. Ansgar Hörster verweist auf die **Sitzungsvorlage Nr. 0268/2010** der Verwaltung, in der die Thematik sehr ausführlich aufbereitet worden sei und die der Jugendhilfeausschuss am 25.11.2010 und der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit am 06.12.2010 zur Kenntnis genommen hätten. Erfahrungen auch andernorts, wo Reihenuntersuchungen noch üblich seien, zeigten, dass diese Maßnahme nicht ausreiche, um die Zahngesundheit der KiTa-Kinder entscheidend und nachhaltig zu verbessern. Es sei inzwischen vieles überlegt und auch angestoßen worden, so dass er hoffe, im nächsten Jahr laufend über Verbesserungen berichten zu können.

Die Fraktionen von CDU, SPD, UWG und FDP sind sich einig, dass zur Verbesserung der Zahngesundheit – wie von der Verwaltung dargelegt – andere Wege gegangen werden müssten.

Landrat Dr. Kai Zwicker stellt den Antrag der Fraktion B90/ Die Grünen, **Sitzungsvorlage 0292/2010**, zur Abstimmung.

**Beschluss:** 4 Ja-Stimmen  
50 Nein-Stimmen

Damit ist der Antrag der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

**Punkt 15: Mitteilungen der Verwaltung**

---

Landrat Dr. Kai Zwicker gratuliert dem Kreistagsabgeordneten Jasper, der gerade Vater geworden sei, sowie der Kreistagsabgeordneten Wegmann zu ihrem 60. Geburtstag.

**Punkt 16: Anfragen**

---

**Punkt 16.1: Ausbau des Verkehrslandeplatzes Stadtlohn/ Vreden  
Anfrage der SPD-Fraktion vom 23.11.2010  
Vorlage: 0294/2010**

---

Landrat Dr. Kai Zwicker weist auf die ausgelegte Antwort der Verwaltung vom 08.12.2010 hin.

**Punkt 16.2: Mängel an den Kreisstraßen K 32 und K 61  
Anfrage der UWG-Fraktion vom 08.12.2010  
Vorlage: 0308/2010**

---

Landrat Dr. Kai Zwicker weist auf die ausgelegte Antwort der Verwaltung vom 09.12.2010 hin.

**Ende des öffentlichen Teils**